

Samir Amin

---

## Die Außenansicht der europäischen Linken

### I.

*Die durch die weltweite Expansion des Kapitalismus erzeugte Polarisierung stellt das permanente Haupthindernis dar für die Entfaltung einer internationalistischen Praxis der Linken in Europa wie auch anderswo.* Als Weltsystem ist der Kapitalismus nicht reduzierbar auf die kapitalistische Produktionsweise. Diese setzt einen dreidimensional integrierten Markt (Waren-, Kapital- und Arbeitsmarkt) voraus, der die Basis ihres Funktionierens definiert. Nun ist diese Integration, die während der Formierungsgeschichte der bürgerlichen Nationalstaaten der Zentren tatsächlich hergestellt wurde, nie auf den Weltkapitalismus ausgedehnt worden. Der Weltmarkt ist in seiner Expansion ausschließlich zweidimensional, er integriert Schritt für Schritt den Produktaustausch und die Kapitalzirkulation, aber unter Ausschluß der Arbeit; deren Markt bleibt abgeschottet. Diese Tatsache allein macht schon eine Polarisierung unvermeidlich.

Die sozialistische Kapitalismuskritik hat sich wesentlich als Kritik der Ausbeutungsweise der Arbeit durch das Kapital konstituiert. An dieser fundamentalen Errungenschaft ist nicht zu rütteln. Indes blieb die sozialistische Kritik - samt dem historischen Marxismus - relativ schwach entwickelt, was die andere Dimension des Kapitalismus angeht: seine Entfaltung als Weltsystem.

Nach Marx bringt die Akkumulation des Kapitals zwei komplementäre Effekte mit sich: zum einen die Stärkung der sozialen Macht der aktiven Armee (der organisierten Industriearbeiterklasse), zum anderen die Pauperisierung der passiven Reservearmee (Arbeitslose, Randgruppen, Arbeitende in vorkapitalistisch geprägten Produktionsbereichen mit niedriger Produktivität usw.). Aber weil der historische Marxismus die Bedeutung der weltweiten Polarisierung (d.h. der Lokalisierung der aktiven Armee und der passiven Armee an je politisch getrennten geographischen Orten, im Zentrum und in der Peripherie) nicht gesehen hatte, nahm er an, daß ein unun-

terbrochenes Hinüberwechseln ein und derselben proletarisierten Individuen zwischen den beiden Armeen die Einheit der antikapitalistischen Front und daher den raschen Erfolg ihrer globalen Aktion sichern werde. Marx hatte die historische Rolle der Bourgeoisie überschätzt. Da er ihr mehr Courage zutraute, als sie dann zeigte, stellte sich Marx vor, daß diese Klasse es wirklich wagen werde, die Grenzen abzuschaffen und damit auf der ganzen Erde einheitliche Bedingungen für einen Klassenkampf in diesem Maßstab herzustellen. Die Bourgeoisie hat ihre historische Rolle früher aufgegeben, weil sie eben nicht diese Courage besaß und sich damit begnügte, ihre Entwicklung in die weltweite Polarisierung einzupassen, die in der Logik ihres Systems nicht zu überwinden ist. Die Polarisierung erklärt, daß sich im Gegenteil, ohne jene Einheit, zwei gegensätzliche Strategien herausbildeten: die sozialdemokratische Strategie in den Arbeiterklassen der Zentren; die der leninistischen (später maoistischen) Revolution bei den Völkern der Peripherie (d.h. der passiven Armee im Weltmaßstab).

Weil die Wirkungen der weltweiten Polarisierung unterschätzt wurden, blieb der vom historischen Sozialismus - nicht nur in Europa, sondern im Weltmaßstab - vorgeschlagene proletarische Internationalismus ohne ernsthaften Einfluß auf die Wirklichkeit. Das brachte die Arbeiterklassen und die Volksmassen dazu, in ihrer Aktion auf die Strategien der lokalen Bourgeoisien einzuschwenken. Für die Länder Europas handelt es sich um ein Einschwenken auf imperialistische Positionen.

Obendrein hat sich die sozialistische Bewegung, indem sie die Polarisierung unterschätzte, in eine doppelt falsche Auffassung des Übergangs zum Sozialismus verrannt: (a) in eine gradualistische Konzeption in Europa, die letzten Endes, mit dem vorgenannten Effekt kombiniert, auf eine sozial fortschrittliche Verwaltung des Kapitalismus hinauslief; (b) in eine Konzeption des »Aufbaus des Sozialismus« in den Ländern der Peripherie, die in eine Sackgasse geriet und deren Scheitern (worauf wir zurückkommen werden) tragische Rückwirkungen auf die Linke in Europa und in der Welt hatte.

## II.

*Der Aufschwung des Kapitalismus in der Nachkriegszeit (1945-1990) eröffnete den Mehrheitsströmungen der europäischen Linken ein Expansionsfeld, das sie in ihrer sozialdemokratischen Strategie bestärkte. Der Zyklus der Nachkriegszeit konstituierte eine lange Phase kapitalistischen Aufschwungs mit drei zum Teil widerstreitenden, aber gleichfalls komplementären Stützpfählern: a. der sozialdemokratischen Regulierung der fordistischen Akkumulation durch Betreiben nationaler keynesianischer Politiken,*

die zwar offen waren, aber dennoch die - durch die Militärausgaben des Kalten Krieges gefestigte - Kohärenz zwischen der Expansion des Kapitals und dem historischen Kompromiß von Kapital und Arbeit im Rahmen des Nationalstaates sicherten; b. dem Aufschwung von Modernisierung und Industrialisierung in den wieder unabhängig gewordenen Peripherien aufgrund des, wie ich es nannte, »Bandung-Projekts« (1955-1975), eines national-bürgerlichen Projekts für ein Aufholen in kontrollierter Interdependenz; c. die Fortsetzung des Projekts des Sowjetismus: des Aufholens nach einem Akkumulationsmodell, das jenem des historischen Kapitalismus nahekam, jedoch vollkommen von den Zwängen des Weltsystems entkoppelt war und auf der Ebene des National- oder Multinationalstaates über das Staatseigentum und die Zentralisierung der - bei der entstehenden neuen Bourgeoisie, der Nomenklatura der kommunistischen Parteien, konzentrierten - ökonomischen und politischen Macht gesteuert wurde.

Die militärische Blockbildung vervollständigte die Architektur des Modells. Sie bildete das »Dach« des auf seinen drei Pfeilern ruhenden Gebäudes und schützte es vor Wetterunbilden. Dieses dreipolige System bot die Grundlage eines allgemein starken ökonomischen Wachstums in jeder der drei regionalen Komponenten der Nachkriegswelt. Daher hat die Blockbildung die zentripetalen Kräfte gestärkt, indem sie die Kohärenz der Verhalten der sozialen Akteure auch in deren Konflikten garantierte und die Grenzen dieser Konflikte bestimmte.

Die Entfaltung der Projekte und ihre Erfolge ließen nun ideologische Illusionen aufkommen, die sich stark auf die jeweilige öffentliche Meinung auswirkten. Im Westen glaubte man, das kontinuierliche Wachstum sei nunmehr eine endgültige Errungenschaft. In der Dritten Welt glaubte man, der nationale Aufbau würde letztlich die Probleme der Unterentwicklung lösen. Im Osten glaubte man an den »Sozialismus«.

Die USA hatten im Zweiten Weltkrieg die unverhoffte Chance genutzt, aus der großen Krise der 30er Jahre herauszukommen, ihr Produktionssystem durch Verallgemeinerung des in den 20er Jahren gestarteten fordistischen Modells beschleunigt zu modernisieren und auf allen Gebieten eine Führungsposition zu erringen, die mit dem Ausnutzen ihres Kernwaffenmonopols zur Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ihr finstere Symbol erhielt. Derweil bekam der Rückstand Europas und Japans (Kennzeichen: geringe Eindringtiefe des fordistischen Modells), der sich schon nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt und durch die zehrenden Kämpfe zwischen Siegern und Besiegten von 1919 sowie die große Krise verschärft hatte, wegen der massiven Kriegszerstörungen ein dramatisches Aussehen. Das soziale Gefüge Europas und Japans blieb jedoch so fest, daß sich das Geschehen von 1919 - die revolutionäre Radikalisierung - nicht

wiederholte. Vielmehr begann in Europa ab 1947/48 (Marshall-Plan) und in Japan ab 1951 (Vertrag von San Francisco) eine beschleunigte Entwicklung nach amerikanisch-fordistischem Modell. 1919 hatte der historische Kompromiß von Kapital und Arbeit, künftige Grundlage der neuen Regulierung, obwohl durch den massiven Anschluß der Arbeiterklassen an ihre imperialistischen Bourgeoisien seit Ende des 19. Jahrhunderts ideologisch vorbereitet, noch seine Pannen. 1945 waren alle Voraussetzungen für seine rasche Verwirklichung gegeben. Diese schnelle »Modernisierung auf Amerikanisch« erfolgte im Rahmen vorbehaltlos anerkannter Hegemonie der USA (NATO-Gründung 1949).

Die neue Regulierung bezweckte im wesentlichen ganz einfach, den Zuwachs der Reallöhne an den der Produktivität zu binden. Diese Regulierung glättete die zuvor (im »Siebenjahr«-Mittel) sehr ausgeprägten Zyklen, weil sie Ansätze einer Investitionsplanung einführte, beseitigte aber nicht die Tendenz des Systems zur Überproduktion. Wir kommen hier wieder auf die entscheidende Bedeutung der amerikanischen Militärausgaben für die Nachkriegs-Prosperität. Fast ununterbrochen hat der Kapitalismus von 1940 bis heute, also ein Halbjahrhundert lang, seiner tiefen Stagnationstendenz nicht anders abhelfen können als durch das Ausufern der Militärausgaben (die direkt oder indirekt für ein Drittel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts aufkommen, einen Anteil, den die UdSSR erst spät, in der Ära Breshnew »einholen« konnte und der ihr dann den Atem raubte). Die Nachkriegs-»Regulierung« beruht mehr auf diesem Ausufern der Militärausgaben als auf dem Gesellschaftsvertrag von Arbeit und Kapital. Deshalb bezweifle ich stark, daß sich das System auf eine dramatische Kürzung dieser Ausgaben einstellen könnte; sie würde die USA in eine gigantische Krise stürzen.

Außerdem hatten die zunehmend massenhaften Arbeitsprozesse und die Heraufkunft der Massenproduktion entscheidende soziale und ideologische Auswirkungen. Der soziale Kompromiß schloß eine Wandlung in den Grundhaltungen der Arbeiterklasse ein. Sie verzichtete auf ihr sozialistisches Projekt und folgte statt dessen der neuen Ideologie des Massenkonsums. Die Arbeiterklasse war nicht mehr, wie Marx von ihr erwartet hatte, der Befreier der Gesellschaft von der ökonomistischen Entfremdung. Die bürgerliche Ideologie wurde erstmals wirklich zur total gesellschaftsbherrschenden Ideologie. Sie fußte auf einer Trennung zwischen dem Feld des Politischen, das von der bürgerlichen Demokratie zu verwalten sei, und dem des Ökonomischen, das einem (undemokratischen) Management auf Basis des Privateigentums, der Konkurrenz und der »Marktgesetze« zu überlassen sei. Die neue Regulierung vollendete die Erosion der Demokratie: der doppelte Konsens, auf dem sie beruhte (zur politischen Demokratie,

zu den Marktgesetzen), reduzierte die Tragweite des alten Rechts-Links-Kontrastes, der sich auf den Gegensatz von konservativem und Bewegungs-Denken, von besitzenden Klassen und Volksmassen gründete. Sie eröffnete zugleich ein Expansionsfeld für die Mittelklassen und ihre Führungsrolle bei der ideologischen Bearbeitung der Gesellschaft nach dem Modell des »durchschnittlichen Musterbürgers«, der die Konsumweisen, die sozialen Strebungen usw. inspiriere.

Diese Regulierung blieb strikt national. Aufgebaut im Rahmen selbstzentrierter Produktionssysteme, die trotz der zum Weltmarkt gehörenden Interdependenz noch weitgehend autonom voneinander waren, funktionierte sie folglich nur insoweit, wie der Nationalstaat tatsächlich über die Mittel verfügte, nicht nur die nationale Wirtschaft, sondern auch ihre Außenwirtschaftsbeziehungen zu lenken.

### III.

*Während des gesamten Nachkriegs-Aufschwungs blieben daher die Mehrheitskräfte der europäischen Linken den imperialistischen und antisowjetischen Strategien des dominanten Kapitals verhaftet.* Seit 1945 haben die USA eine weltumspannende Konzeption ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Globalhegemonie entwickelt. Als einzige Macht haben sie ihr militärisches Führungssystem weltumspannend organisiert. Die UdSSR hatte nie solch eine Ambition, sondern nur defensive Gegenpläne, wobei Fühler über das eigene Glacis hinaus vorgeschoben wurden. Während der gesamten Periode der Kalten Kriege (1948-1985) bezweckte die politische (und militärische) Strategie der USA daher, die eventuelle Bildung eines Blocks Europa-UdSSR zu verhindern. Der erfolgreiche Wiederaufbau Europas, das erneut real auf dem Weltmarkt konkurrierte, hatte in den 60er und 70er Jahren eine gewisse Annäherung zwischen West- und Osteuropa, samt der UdSSR, ausgelöst; eine Annäherung, die zwar zeigte, daß man den offiziell in den westlichen Medien als Gefahr vorgeführten »kommunistischen Expansionismus« nicht wirklich fürchtete, wohl aber halbherzig und stets vorsichtig blieb. Einzig de Gaulle schien davon überzeugt, daß man weiter gehen könne. Gorbatschow griff dann zu seiner Zeit dies Projekt eines »gemeinsamen europäischen Hauses« wieder auf. Selbstverständlich hätte die eventuelle Bildung dieses Blocks das Auftauchen eines derartigen, mit reichen Naturressourcen versehenen industriellen, finanziellen und militärischen Ensembles bedeutet, daß ein Fortwirken der Hegemonie der USA unvorstellbar geworden wäre. Dieser Alptraum plagte ganz Washington.

Den Entschluß zum Golfkrieg faßte Washington ganz bewußt als Mittel, diesen »europäischen Block« zu verhindern: durch die Schwächung Europas (mittels der nunmehr einseitigen Kontrolle der USA über das Erdöl), durch Bloßstellen der Brüchigkeit der politischen Europa-Konstruktion (anhand vorgeführter Meinungsverschiedenheiten), durch Neutralisierung Moskaus und durch Aufstellen des neuen Schreckgespenstes der »Gefahr aus dem Süden« statt der verschlissenen »kommunistischen Gefahr«.

Im Maßstab des Weltsystems schloß die Regulierung im Zentrum die Reproduktion des ungleichen Verhältnisses von Zentren und Peripherien ein. Bei Kriegsende standen die Gesellschaften der Peripherie des Weltkapitalismus-Systems noch weitgehend unter dem Kolonialregime. Die Polarisierung von Zentren und Peripherien hatte seit 1800 die Form des zum Kolonialismus gehörenden Kontrastes von industrialisierten und entindustrialisierten Regionen erhalten. Die Revolte der Völker Asiens und Afrikas, in einem Halbjahrhundert politischer und ideologischer Neuformierung um den neuen Nationalismus vorbereitet, brach 1945 beginnend aus und erzwang in den fünfzehn Folgejahren die Rückgewinnung der politischen Unabhängigkeit erst der asiatischen, dann der afrikanischen Nationen. Alles war zur Stelle für die Ideologie von Bandung (1955) als Ausdruck des neuen »Entwicklungsdenkens«: Unabhängigkeit, Modernisierung, Industrialisierung. Im Ansatz entstand nun ein strategisches Bündnis zwischen dieser Bewegung und der Sowjetunion, die auf diesem Weg aus ihrer Isolierung herauszufand und damit zugleich dem Weltsystem den Anschein einer vom Konflikt zweier Supermächte regierten Bipolarität gab. Tatsächlich war es nur ein Anschein. Das Wettrüsten, das ihr Washington aufzwang, erschöpfte die Sowjetunion zunehmend. Die strategische Zielstellung des sowjetischen Intervenierens in der Weltarena, das atlantische Bündnis zu sprengen, bezweckte weder die »Eroberung Europas« noch den Export des eigenen »Sozialismus«, sondern einfach ein Ende des weltweiten amerikanischen Hegemonismus und seine Ablösung durch die friedliche Koexistenz in einer polyzentrischen Welt. Diese Strategie ist schließlich gescheitert.

Nun stand der kapitalistische Westen - einschließlich der Mehrheitskräfte der Linken - während dieser ganzen Zeit und auch noch danach geschlossen hinter den USA. Das amerikanische Polit-Establishment hatte vollkommen begriffen, daß Europa und Japan im »Nord-Süd«-Konflikt entschieden die Hauptverbündeten waren. An der amerikanischen strategischen Option, die entgegen modischer Publizistik den Akzent auf die lebenswichtige Bedeutung von Erhaltung und Stärkung eines »der Unternehmensfreiheit förderlichen politischen Klimas« in der gesamten Dritten Welt setzte, zeigt sich das scharfe Bewußtsein dessen, daß die Dritte Welt keineswegs margi-

nal ist. Dadurch gelang es den USA, ihren relativen ökonomischen Niedergang zeitweilig zu neutralisieren, und das könnte länger andauern, als man in Europa oft glauben möchte.

Eine auch nur flüchtige Untersuchung der Politik des EG-Europas und seiner (linken wie rechten) Regierungen gegenüber Afrika und der arabischen Welt ist in dieser Hinsicht mehr als aufschlußreich. Sie ergibt, daß sich Europa samt seiner Linken nicht von seinen imperialistischen Konzeptionen gelöst hat.

Im subsaharischen Afrika hat die EWG-Assoziierung dazu beigetragen, die Region in einer »Spezialisierung« auf Landwirtschaft und Bergbau zu belassen, die zwar durchaus dem Prinzip der Polarisierung von Zentren und Peripherien von ehemals (industrielle Revolution bis Zweiter Weltkrieg) entsprach, aber nicht mehr in der Richtung der neuen, auf Industrialisierung der Peripherien gegründeten Polarisierung liegt. Die Abkommen von Lomé sind daher erheblich mitverantwortlich für die Rückentwicklung (Abgleiten in die »Vierte Welt«) eines Großteils des Kontinents.

Ebenso ernst scheint mir, daß die links wie rechts dominanten politischen und ideologischen Kräfte der europäischen Partner eine arabische Einheit nicht als wünschenswert auffassen können. Europa hat sich nicht von seiner traditionell imperialistischen Haltung gelöst, »den Anderen« und speziell den anders Kultivierten als Feind anzusehen, der durch Spaltung schwach bleiben müsse. Die Weltordnung des real existierenden Kapitalismus beruht auf diesem Grundprinzip. Im Nahen Osten hat diese wilde Weltordnung seit einem halben Jahrhundert ein und nur ein strategisches Ziel: die Verewigung dessen, was verschämt Zugang zum Erdöl genannt wird, im Klartext also der Herrschaft der Westmächte über diesen Schatz, der nur den Erfordernissen der ökonomischen Expansion des Westens gemäß ausgebeutet werden soll (was den - wenngleich gedämpften - Konflikt unter den Partnern der OECD um die Ausübung dieser Kontrolle über das Erdöl nicht ausschließt). Zu diesem Zweck werden zwei komplementäre Mittel angewandt: (a) die weitere Spaltung der arabischen Welt und Überlebensgarantien für die archaischen Regime am Golf (Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate), um jede Möglichkeit, den Erdölschatz für die arabischen Völker zu nutzen, zunichte zu machen; (b) die Sicherung der absoluten militärischen Überlegenheit Israels und Beihilfe zu seiner nuklearen Bewaffnung, damit es jederzeit intervenieren kann. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß Europa kein eigenes, von dem der USA unterschiedenes Konzept für seine Beziehungen zur arabischen Welt besaß. Die ständige Erpressung durch Israel, das den gesamten Westen zwingt, sich mit ihm gegen die »Barbaren« des Ostens zu solidarisieren, wirkt in diesem Rahmen und kann nur inso-

weit wirken, als Europa keine eigene Sicht auf sein Verhältnis zum Süden und hier auf den arabischen Süden besitzt.

Aus der Innensicht der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften kann die fordistische Regulierung mit dem sympathischen Ausdruck »sozialdemokratisch« benannt werden; aus weltweiter Sicht (einer Welt, die zu drei Vierteln aus den Völkern der Peripherien besteht) verdient sie vielleicht eher die nicht so angenehme Benennung »sozialimperialistisch«.

Gewiß war die antisowjetische Option der mehrheitlichen Linken Europas mit dem zutiefst antidemokratischen Charakter des Sowjetismus zu entschuldigen. Aber die Kritik an ihm blieb eine Kritik von rechts. Sie wollte die Evolution des Systems zur offenen kapitalistischen Restauration beschleunigen, denn man meinte, dies gehöre zur Demokratisierung, wobei man mit den inneren Kritikern von Chruschtschow bis Gorbatschow übereinstimmte. Die Mehrheitskräfte der europäischen Linken hegten deswegen immer eine ausgeprägte Sympathie für die Reformen aus der sowjetischen Rechten. Meine Lesart des Zusammenbruchs des Sowjetismus beginnt bei der Analyse dieses utopischen Projekts eines »Kapitalismus ohne Kapitalisten«. Nach dieser Logik habe ich den Zusammenbruch nicht als »antisozialistische Konterrevolution« oder »demokratische Revolution« analysiert, sondern als Beschleunigung der Tiefentendenzen des Systems selbst - des Strebens der seit Jahrzehnten herausgebildeten Bourgeoisie, zur »normalen Bourgeoisie« gleich den anderen zu werden.

Gleichzeitig übernahmen die Minderheitskräfte der europäischen Linken, die KPs, in ihrer bedingungslosen Ausrichtung auf das Projekt des Sowjetismus erst die Stalinschen Formeln und dann deren Kritik von rechts. Nur eine kleine Minderheit der Linken (daraufhin zu Unrecht als »Ultralinke« benannt) bezog in Europa wie anderswo die Positionen einer linken Kritik des Sowjetismus.

So erscheint die Linke in Europa, was die beiden großen Fragen des Sozialismus und des Imperialismus angeht, in drei Strömungen gespalten: (a) eine von rechts her antisowjetische und proimperialistische Mehrheitsströmung; (b) eine prosowjetische und antiimperialistische Minderheitsströmung; (c) eine antiimperialistische und den Sowjetismus von links her kritisierende Randströmung.

#### IV.

*Die Vertiefung der kapitalistischen Mundialisierung<sup>1</sup> hat einen neuen Widerspruch erzeugt, der in der Kluft zwischen dem nunmehr weltweiten Wirkungsbereich der Gesetze der Kapitalakkumulation und den national gebliebenen Bereichen der politischen und sozialen Systemsteuerung zutage*

*tritt. Dieser Widerspruch wird zu einem ernststen Hindernis für die Europa-Konstruktion, dem die europäischen Linken unvorbereitet gegenüberstehen.*

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg präsentierte sich der real als Weltsystem existierende Kapitalismus noch in den überkommenen Grundstrukturen seiner historischen Ausgestaltung als System von bürgerlichen Nationalstaaten, die sich ihrerseits historisch herausgebildet hatten, den politischen und sozialen Rahmen für die Steuerung aggressiv miteinander konkurrierender nationaler kapitalistischer Ökonomien (weitgehend vom nationalen Kapital kontrollierter und geleiteter nationaler Produktionssysteme) boten und gemeinsam die Zentren des Weltsystems bildeten. Auf diesen nationalen Grundlagen waren die Konfigurationen der sozialen Bündnisse und Kontraste jeweils situationsspezifisch. Die nationalen Märkte blieben davon nicht unberührt, da sie zwar nach einer eigenen, rein ökonomischen Rationalität operierten, aber die sozialen Verhältnisse ausdrückten, auf denen die Hegemonie der Bourgeoisie beruhte. Mit der vertieften Mundialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zerfallen diese Strukturen; durch Verlagerung von Segmenten des Produktionsprozesses wird über die nationalen Produktionssysteme hinausgegangen. Man kommt allmählich von einer internationalen Ökonomie, in der sich nationale Produktionssysteme aneinander zu gliedern hatten, zu einer wirklichen Weltökonomie als Ausdruck eines weltweiten Produktionssystems, und damit wird die Effizienz der nationalen Politiken in den Zentren selbst fragwürdig. Die lokalen sozialen Konfigurationen müssen sich gleich in eine Logik weltweiter sozialer Bündnisse und Widersprüche einfügen. Das ist aber nicht möglich, weil die Mundialisierung des Kapitals in einer Welt erfolgt, die weiter von den Beziehungen des zwischenstaatlichen Systems gesteuert wird und weil es nicht einmal auf der Ebene des politischen Bewußtseins Ansätze für eine Weltregierung gibt.

Unter diesen Voraussetzungen werden die künftigen Strukturen der Mundialisierung nicht zu vorgegebenen (ihrerseits von technologischen Zwängen und deren ökonomischem Ausdruck determinierten) Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zwischen den USA, Japan und dem in Konstruktion begriffenen Europa. Vielmehr wird die Evolution dieses Wettbewerbs bestimmend für die Strukturen der Mundialisierung oder ggf. ihrer partiellen Aufhebung durch die Bildung von regionalen Ensembles und/oder das Entkoppeln der Regionen der Peripherie.

In Europa fiel der Nachkriegs-Aufschwung mit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen, die der jeweiligen nationalen Expansion ihrer Partner ohne große Schwierigkeiten Horizonte wies: man hatte den Rückstand zu den USA aufzuholen. Die sozialen Kämpfe blieben

strikt ökonomisch (um die Verteilung der Früchte des Wachstums) und hielten sich im Rahmen der geltenden nationalen Sozialkompromisse. Diese Europa-Konstruktion krankt an der eng ökonomistischen Auffassung, daß sich das Politische und das Soziale spontan den Erfordernissen der Marktöffnung anpassen würden. Der neue Widerspruch, der den Bereich des ökonomischen Managements (als europäisch im mundialisierten Rahmen) von dem der politischen und sozialen Steuerung scheidet, gefährdet heute sogar den Fortgang des europäischen Projekts. Europa hat als Altlast seiner Vergangenheit das Nebeneinander von historisch so herausgebildeten nationalen Ökonomien. Die EWG ist kein supranationaler Staat, und die gemeinsamen Politiken sind selbst nach der totalen Marktöffnung von 1993 nicht das, was die Konstruktion braucht. Gemeinsame Politiken gibt es ohnehin nur auf dem Gebiet der (umstrittenen) Agrarsubventionen; die Ansätze zu einer gemeinsamen Währungspolitik (der »Schlange«) werden von den unterschiedlichen Konjunkturpolitiken durchlöchert, ganz zu schweigen davon, daß es kein Projekt für eine gemeinsame Sozialpolitik gibt. Große Verantwortung tragen die Mehrheitskräfte der europäischen Linken, die auf das bürgerliche Projekt des »Gemeinsamen Marktes« eingeschwenkt sind und ihre Pflicht versäumt haben, eine integrierte europäische Linke zu formieren und ein Parallelprojekt von politisch-sozialer und ökonomischer Integration voranzutreiben. Bislang und in absehbarer Zukunft bleibt der Gemeinsame Markt das und nur das, was sein Name ansagt: ein Markt. Nun verschärft die allein vom Markt bewirkte Integration eher die Widersprüche, als daß sie sie löst. Sie droht also, Europa als solches hinfällig zu machen, weil die einen gestärkt und die anderen geschwächt werden, die Konstruktion selbst aber zu einer Mischung aus beibehaltenen nationalen Strukturierungen der Starken (vor allem Deutschlands) und Strukturzerfall bei den Schwachen wird, ohne daß sich eine alternative integrierte und globale europäische Strukturierung herausbildet. Diese wenig optimistische Aussicht wird um so wahrscheinlicher, als in der EWG weiterhin unterschiedliche, ja widerstreitende nationale Spiele laufen. Großbritannien akzeptiert das Abbröckeln der nationalen Macht in der Mundialisierung, aber nicht zugunsten einer Europa-Konstruktion. Einerseits öffnet es sich der Welt ohne Grenzen und setzt in dieser Hinsicht auf den überkommenen Vorteil seines mächtigen Finanzzentrums. Andererseits hat es immer die Aussicht akzeptiert, eventuell von den USA absorbiert zu werden: gleiche Sprache und gleiche Kultur erweisen sich hier erneut als bedeutsam. Deutschland hat jetzt eine ganz neue Stellung. Nach der Wiedervereinigung kann es sich stillschweigend auf Alleingänge einlassen, ohne die EWG formell in Frage zu stellen, und darauf bedacht sein, die europäische Integration nicht weiter zu treiben, als die bloße gemein-

same Marktstruktur verlangt. Als der starke Partner vermag es durchaus die Regeln dieses Marktes zu akzeptieren und dabei seine starke nationale Struktur zu konservieren, während die seiner Partner zerfallen würden. Es kann seine nationale Strukturierung sogar festigen - durch Expansion nach dem subaltern gewordenen europäischen Osten. Zwischen der britischen und der deutschen Option ist kaum Platz für andere Politiken. Frankreich, Italien und andere mögen die politische Europa-Konstruktion aktivieren wollen, um ihre ökonomischen Schwächen durch politisches Auftrumpfen zu kompensieren. Großbritannien will das nicht, Deutschland ist nicht besonders daran interessiert. Kann jener Diskurs dann mehr sein als ein frommer Wunsch?

Europa bleibt also ein »kollektiver politischer Zwerg«, um hierauf zu übertragen, was Deutschland vor der Wiedervereinigung nachgesagt wurde. Unter amerikanischer atomarer Schirmherrschaft stehend (die seit dem »Ende des Zyklus der Abschreckung« nichts mehr nutzt), wie gevierteilt von den außenpolitischen Differenzen seiner Teilstaaten, hat Europa bisher nicht gewagt, sich anders als rhetorisch von den USA zu distanzieren. Durch eigene Schwäche unbeteiligt an der eventuellen Lösung der großen Nord-Süd-Konflikte (z.B. um Palästina), schwenkt Europa schließlich immer de facto auf das ein, was Washington entscheidet (wie man in der Golfkrise sah).

Daß die Strategien der herrschenden Klassen Europas und das Wegtreten seiner durch ökonomistische Konzessionen marginalisierten Linken zu tragischen Konsequenzen führen, zeigt sich bereits auf europäischem Gebiet - am jugoslawischen Drama.

Dieses Drama hat gewiß innere Ursachen. Der Föderalismus steigerte die reale Gefahr einer ungleichen Entwicklung der regionalen Republiken. Die Lockerung der zentralen Kontrollen und die kaum beherrschte Öffnung nach außen verstärkten diese negativen Evolutionen. Unter diesen Bedingungen schlug die Weltkrise mit Wucht auf Jugoslawien durch, verschärfte die innere Konkurrenz und zersplitterte die herrschende Klasse in die slowenisch-kroatischen Fraktionen, die der Föderation vorwarfen, sie zum Subventionieren des Landessüdens gezwungen zu haben, und die serbische Fraktion, die ihrem Volk seine entscheidende Rolle bei der Bildung Jugoslawiens und im antifaschistischen Kampf in Erinnerung rief. Genau da entdeckten die EG-Staaten, allen voran Deutschland, daß sich das ganze System vereinnahmen ließ, weil seine herrschenden Klassen am Ende waren. Sie setzten also voll auf die Karte der »Nationalismen«, gossen Öl ins Feuer. »Man« versprach den Slowenen und den Kroaten die rasche Aufnahme in die EWG. »Man« opponierte gegen ein Neuverhandeln der Föderation brutal mit dem »Völkerrecht« auf Selbstbestimmung und ließ es hier

ohne Abstriche von Persönlichkeiten einfordern, denen es nie eingefallen ist, dieselbe Frage in derselben Form z.B. für Irland oder das Baskenland aufzuwerfen. Mit der sofortigen »Anerkennung« der secessionistischen Republiken schuf man die Bedingungen für den grausamen Bürgerkrieg, der durchaus absehbar, vielleicht sogar von gewissen europäischen Führern gewollt war. Von der europäischen Linken wäre zu erwarten gewesen, daß sie nicht in diese Falle geht, daß sie den Kampf auf ein anderes Terrain verlegt - für die Erneuerung der jugoslawischen Föderation. Zum Unglück ließ sich die europäische Linke in die kriminelle Strategie des dominanten Kapitals hineinziehen.

Ich fürchte, daß es im Fall der Ex-UdSSR ebenso geschieht. Das Ziel der germano-europäischen herrschenden Klassen, die Lateinamerikanisierung der Ex-UdSSR, trifft sich hier mit dem der USA, Rußland maximal zu schwächen und so zur Situation von 1945 zurückzukehren, als Washington das Monopol an Massenvernichtungswaffen besaß und damit der Welt seine Hegemonie aufzwang. Ist ihr wahres strategisches Ziel, nach dem Auseinanderfallen der Ex-UdSSR, nicht die Zerstückelung Rußlands?

Der Zerfall der nationalen Produktionssysteme hat den Illusionen nationaler sozialdemokratischer Projekte schon ein Ende gesetzt. Die ökonomische Interpenetration nimmt den nationalen Politiken die Effizienz und setzt das Weltsystem - und das europäische Subsystem - den Zwängen des Geschäftsgangs eines Weltmarktes aus, der mangels wirklicher supranationaler politischer Instanzen nicht reguliert werden kann.

Die Marktutopie steckt auch hinter dem Verfall des demokratischen politischen Lebens im Westen. Die einseitige Unterwerfung unter diesen Zwang erzeugt Verdrossenheit. Die Geschichte der USA, die wieder einmal der europäischen vorausseilt, hat gezeigt, wie sich dieses politische Vakuum durch eine Kombination von bleibenden Elementen (ist Rassismus, sind religiöse und soziale Wahnideen nicht von Nutzen für solche Stabilität?) und von konjunkturbedingten Interessenkomplexen (Vertretung von Berufs-, Lokal- u.a. Interessen durch »Lobbies«) auffüllen läßt. Gibt es nicht Anzeichen dafür, daß sich Ähnliches in Europa anbahnt? Äußert sich das nicht in der scheinbaren »Sprunghaftigkeit«, ja »Irrationalität«, die in den Aktionen und Reaktionen der politischen Akteure auf den Gegenwartsszenen dermaßen vorherrscht, wie man es sich noch vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnte? In diesem Rahmen sind die oft aus den Volksmassen kommenden »Rechtsstimmen« ernst zu nehmen.

In dem Wettbewerb zwischen den drei zentralen Polen des Weltkapitalismus sind die Positionen also nicht symmetrisch. Die USA und Japan sind nicht bloß geographische Zonen der sich herausbildenden Weltökonomie. Sie sind und bleiben nationale Ökonomien, wo sich der Staat gerade dafür

verwendet, diese nationalen Strukturierungen beizubehalten, und die zugleich als starke Partner von der Herausbildung der Weltökonomie profitieren. Ein Nachhutgefecht, werden die Fanatiker des Liberalismus sagen. Das wird sich zeigen: ein Nachhutgefecht vielleicht in der Perspektive der nächsten 200 Jahre, aber bei der Gestaltung der nächsten 20 Jahre eher ein Vorhutgefecht! Wer könnte die entscheidende Bedeutung dieser nationalen Optionen leugnen: für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung (zivil und militärisch) und angemessener Bildungssysteme; für den faktischen Protektionismus - zugunsten der Landwirtschaft (durch Subventionen, die hier freilich »angefochten« werden, aber man wird sehen - die GATT-Verhandlungen sind darin lehrreich), der Bodenschätze und Erdölvorräte (Politik der strategischen Reserven), selbst der verarbeitenden Industrie schlechthin; für die Steuerung des Finanzsystems usw.? Außerdem verfügen die USA in dieser Hinsicht über einen Trumpf, der kurz- oder mittelfristig mangels Alternative nicht auszustechen ist, den nämlich, daß der Dollar als Weltgeld fungiert. Der Golfkrieg hat obendrein gezeigt, wie sie ihr militärisches Monopol ausnutzen können. Die Lage Europas ist damit überhaupt nicht zu vergleichen.

## V.

*In ihren Beziehungen zum Süden und zum neuen Osten bleiben die Mehrheitskräfte der europäischen Linken befangen in ihrem ökonomistischen Einschwenken auf die Utopie der Mundialisierung durch den Markt. Sie beziehen daher kurzsichtige taktische Positionen, die letztlich dazu führen, daß sie sich von den dominanten imperialistischen Strategien instrumentalisieren lassen.*

Die Polarisierung von Zentren und Peripherien besaß, seit die Zentren nacheinander während des 19. Jahrhunderts ihre industrielle Revolution durchlaufen hatten, die Form eines fast absoluten Kontrastes zwischen Industrialisierung der Zentren und Fehlen von Industrie in den Peripherien. Nun beginnt während des Nachkriegszyklus für die Peripherien, nachdem sie in Asien und Afrika die politische Unabhängigkeit wiedererlangt haben, die Ära der Industrialisierung, wenn auch dermaßen ungleich, daß der Anschein von Homogenität, den das gemeinsame Manko an Industrie bisher erweckte, einer zunehmenden Differenzierung zwischen einer halbindustrialisierten »Dritten Welt« und einer »Vierten Welt« ohne einsetzende industrielle Revolution weicht.

Die Verhärtung der Nord-Süd-Beziehungen im Zug der weltweiten kapitalistischen Akkumulationskrise vertreibt beschleunigt die Illusionen des Entwicklungsdenkens in der Dritten Welt. Die radikalen Regime sind der Reihe nach zusammengebrochen, so daß die in den 80er Jahren aufgezwungen reaktionären »Strukturanpassungs«-politiken freie Bahn bekamen. Jener Zusammenbruch resultierte wohlgermerkt nicht aus einem auswärtigen Mordanschlag auf einen gesunden Körper, sondern aus dem Zusammenwirken der eigenen Schranken des Bandung-Projekts und der von ihm hervorgerufenen Entwicklung der inneren Widersprüche einerseits, der mit dem Umkippen der Weltkonjunktur einhergehenden neuen auswärtigen Aggression andererseits.

Ich habe das Bandung-Projekt (»Aufholen in Interdependenz«) als Utopie analysiert - als Reproduktion eines national-bürgerlichen Projekts in Ausgangssituationen an der Peripherie des Weltsystems. Dessen ungeachtet führen die Ergebnisse jener Periode unmittelbar auf zwei Fragen:

(a) Ist die Industrialisierung in der Dritten Welt Anfang einer geographischen Expansion des Kapitalismus, die die Polarisierung von Zentren und Peripherien allmählich verwischt? Oder muß sich die Polarisierung in neuen Formen reproduzieren?

(b) Ist der Niedergang der nicht zur Industrialisierung gelangten Dritte-Welt-Regionen zu einer »Vierten Welt« unter diesen Bedingungen ein bloßer Rückstand in der homogenisierenden Expansion des Kapitalismus im Weltmaßstab, ein Rückstand, der weitgehend aus spezifischen inneren Faktoren der betroffenen Gesellschaften herrührt? Oder ist er Ausdruck der Tiefengesetze, denen zufolge die Polarisierung die Peripherien differenziert und sie zu gewissen Teilen marginalisiert?

Ist eine neue Etappe der mundialisierten kapitalistischen Expansion abzusehen, etwa aufgrund einer Neuformierung des Systems mit Rücksicht auf die hier genannten qualitativen Transformationen und auf einige andere, wie den Zusammenbruch der sowjetischen Systeme und ihre Wiedereingliederung in den Weltmarkt oder das Einsetzen neuer technologischer Revolutionen?

Meines Erachtens wird die Industrialisierung hier nicht eine soziale Evolution wie im entwickelten Westen reproduzieren. Dort kam der Fordismus nach einer langen Vorbereitungsperiode auf, in der die Gesellschaft von der mechanisierten Großindustrie und einer anhaltenden Agrarrevolution transformiert worden war, was sich dank der Möglichkeit, den Druck der demographischen Explosion in Europa durch die Auswanderung nach beiden Amerikas abzulassen, und der billigen Rohstoffzufuhr aus den eroberten Kolonien in einem günstigen Umfeld abspielte. Der Fordismus trat also

hinzu und bestärke den historischen Kompromiß von Kapital und Arbeit, dem das Schrumpfen der Reservearmee in den Zentren Vorschub leistete.

Die in Industrialisierung begriffene Dritte Welt findet dagegen keine dieser günstigen Bedingungen vor, die verhindern könnten, daß die kapitalistische Expansion dort zügellose Formen annimmt. Ich argumentiere hier, daß die Evolution des Verhältnisses zwischen aktiver Armee und Reservearmee der vom Kapital ausgebeuteten Arbeit in den Peripherien nicht die Geschichte seiner Evolution in den Zentren reproduzieren wird. Als Kriterium der Abgrenzung von aktiver Armee und Reservearmee ist hier nach der Logik der kapitalistischen Mundialisierung die Beschäftigung in mehr oder minder weltweit konkurrenzfähigen Segmenten des Produktionssystems heranzuziehen. Folgt man diesem Kriterium, so kann man sagen: In den Zentren gehört die große Mehrzahl der Arbeitskräfte tatsächlich zur aktiven Armee, weil die langsame, allmähliche historische Konstituierung der zentralen Kapitalismen unter nicht reproduzierbaren günstigen Bedingungen zu dieser Situation geführt hat. In den industrialisierten Peripherien Lateinamerikas, Ostasiens (kommunistisch und kapitalistisch) und der Länder der ehemals sowjetischen Welt sind Segmente des Produktionssystems bereits im genannten Sinn konkurrenzfähig oder können es werden. Die aktive Armee existiert hier und kann weiter zunehmen. Aber sie wird, so weit man den absehbaren Zeithorizont auch fassen mag, nie die Reserve der ländlichen und informellen Ökonomien absorbieren können: weil die Konkurrenzfähigkeit heute Produktionstechniken verlangt, die jene Absorption unmöglich machen; weil das Ventil der Massenauswanderung nicht da ist.

Die Industrialisierung der Dritten Welt wird also der Polarisierung, die dem real existierenden Weltkapitalismus innewohnt, nicht ein Ende setzen, sondern ihre Mechanismen und Formen auf andere Ebenen verlagern. Der neue Industriekapitalismus der Peripherien wird peripher bleiben, auf eine Art gigantischen Fertigungsapparats beschränkt, während die Zentren durch ihre Monopole (Technologie-Monopol, Monopol der Kontrolle der weltweiten Finanzflüsse, der Verfügung über die Naturressourcen des Planeten, der Kommunikationsinstrumente, der militärischen Mittel) die Industrien der Peripherie kontrollieren und daraus einen Überschuß ziehen werden, der dann das Ausufern der zur Ausübung ihrer Monopole gehörenden »Dienstleistungen« speist.

In den nichtindustrialisierten und nicht konkurrenzfähigen Peripherien Afrikas und der arabischen Welt ist die Situation noch extremer: Die aktive Armee existiert hier praktisch nicht, fast die gesamte Nation steht im Weltmaßstab als Reserve da.

Ich füge hinzu, daß der Zusammenbruch der sowjetischen Systeme zunächst die Expansionssphäre des peripheren Kapitalismus erweitern dürfte.

Denn die Bedingungen, unter denen sich sozialdemokratische Antworten nach westlichen Vorbildern herauskristallisieren könnten, sind hier nicht gegeben.

Das Umkippen der Konjunktur, das den Nachkriegs-Aufschwung beendet, ist das Gesamtprodukt des Auslaufens der drei Modelle, der Komponenten des Weltsystems dieses Zyklus. Dieses Umkippen stürzt alle Regionen des Erdballs in eine tiefe, anhaltende Strukturkrise. In Momenten einer Strukturkrise des Systems drängen sich immer die Zentrifugalkräfte in den Vordergrund. In den stets relativ brüchigen Peripherien - im Süden und im neuen Osten - sprengen diese Zentrifugalkräfte die Einheit der herrschenden Klassen, die, wie es scheint, binnen kurzem die Legitimitätsgrundlage ihrer Macht vollkommen verloren haben und nun am Ende sind. Dieser Zerfall steckt hinter den politischen Krisen, dem Auseinanderbrechen der Staaten, dem Hochkommen von völkisch-kommunitären Rückbesinnungen, von religiösen Fundamentalismen usw.

Somit laufen die allmähliche Industrialisierung der Peripherien und die Wiedereingliederung der Länder des Ostens in das System nicht darauf hinaus, das Marxsche Modell wiederzubeleben und »die Einheit des Weltproletariats« wiederherzustellen. Die neue Mundialisierung wird weiter, wie zuvor, auf der Basis eines auf zwei Dimensionen (Produktaustausch, Kapitalfluß) unter Ausschluß der dritten (Formierung eines weltweiten Arbeitsmarktes) verkürzten Weltmarktes vonstatten gehen. Das genügt, um die Polarisierung fort dauern zu lassen; und diese Tatsache muß weiterhin bei den Völkern der Peripherien heftige Reaktionen auslösen. Nun haben die Völker (und die herrschenden Klassen) der neuen industrialisierten Peripherie (und auch der Vierten Welt), der Länder des Ostens und des Südens, in dieser Sache noch nicht ihr letztes Wort gesagt. Ihre erneute Revolte wird die vorgesehene Mundialisierung in Frage stellen. Auch hier wird der Nationalstaat Revanche nehmen.

Angesichts dieser neuen Lage, die ich nicht als neue Weltordnung qualifiziert habe, sondern als Chaos, ist zu bedauern, daß die dominanten Strömungen der Linken in Europa auf die Krisenmanagement-Strategien des dominanten Kapitals eingeschwenkt sind.

Politische und soziale Systeme, ob im lokalen (nationalen) oder im Weltmaßstab, allein über den Markt steuern zu wollen, ist eine Utopie. So streben denn die dominanten Kräfte zur Zeit einer anhaltenden Strukturkrise gar nicht an, »die Krise zu überwinden«, sondern nur, sie zu verwalten. Der Diskurs, der nach dem Prinzip »Wir sitzen alle in einem Boot« langfristige Lösungen im Interesse aller vorschlägt, wie z.B. im Brandt-Bericht, ist naiv, weil er nicht der Logik entspricht, nach der das System des real existierenden Kapitalismus funktioniert. In Wirklichkeit achten jene dominan-

ten Kräfte im allgemeinen vorrangig auf die Taktik des Krisenmanagements. Demzufolge schieben sie die Krisenlasten maximal den schwächsten Partnern zu, den Peripherien des Südens und des Ostens, um die Krisenfolgen in den entwickelten Zentren zu mildern und sie nicht dramatisch werden zu lassen, wenn auch auf Kosten einer effizienten Krisenüberwindungs-Strategie. Die neue Sprachregelung der dominanten ideologischen Apparate bezeugt die Vorrangigkeit dieser kurzfristigen Anliegen. Man redet jetzt von *governance*, also vom Vermögen, eine Situation zu dirigieren, die an sich schwer steuerbar, weil ihrer Natur nach explosiv ist.

In dieser Logik wird der Zerfall der Staaten der Peripherie funktional. Gerade heruntergekommene, extrem verwundbare, für den Weltmarkt geöffnete, aber nicht zur Kontrolle seines Funktionierens fähige Staaten erlauben jenes maximale Abschieben von Lasten der Globalkrise. Das ändert nichts daran, daß diese verheerende Politik aus lauter schwer überwindbaren Widersprüchen gestrickt ist. Das ständige Durcheinander bedeutet, sich in Rückschritt und Gewalt einzurichten. Aber dann hilft die Theorie der (militärischen) Regelung »schwacher Konflikte« den dominanten Mächten, mit jenen Widersprüchen fertigzuwerden. Gleichzeitig wird die Idee vorgebracht, die Interdependenz auf allen Ebenen sei derart stark (das Umweltthema paßt dann natürlich dazu), daß jetzt und künftig nur noch eine »Weltentwicklung« vorstellbar (und die nationale Entwicklung ein Mythos) sei; diese Entwicklung, auf politische Demokratie und auf den Markt gegründet, könne »anders« (und besser) sein als jene, die bisher aus der Geschichte der kapitalistischen Expansion bekannt ist. Mit anderen Worten, die Sozialdemokratie könne so zur Problemlösung im Weltmaßstab werden, wie sie es im Maßstab der westlichen Nationen gewesen ist. Sind diese Thesen glaubwürdig, haben sie anderes zu bieten als eine neue Illusion?

Demokratisierung und Garantie der kollektiven Rechte der verschiedenen Gemeinschaften sind an und für sich positive Forderungen, und wenn sie stärker bewußt gemacht werden, ist das immer ein unbestreitbarer Fortschritt. Übrig bleibt, daß dieser Fortschritt nicht von außen »hineingetragen« werden kann, sondern immer von den betreffenden Völkern errungen werden muß. Ich möchte sogar sagen, daß die Völker der Peripherie in diesem Ringen mit den Zielen der Westmächte kollidieren, denen nur an der Erhaltung des für sie profitablen Status quo gelegen ist.

Die angewandten Mittel fallen daher schlicht und einfach unter die Rubrik der Manipulationen: Manipulation auf der ethnischen Linie (oder über religiöse Fundamentalismen); Manipulation der Demokratie durch selektive Einmischungen je nach Lage der Dinge. Dieses System operiert offenbar prinzipiell mit zweierlei Maß: hier Einmischung zugunsten eines Volkes,

dort Stillschweigen, hier Durchsetzen von »freien« Wahlen, dort Beschützen einer zügellosen Diktatur. Es meint jedoch, sich aus der Affäre ziehen zu können, indem es durch willfährige Medien die Einmischungen legitimieren und die peinlichen Fälle totschweigen läßt. Zu diesem Zweck wird auch die politische Naivität aufgeboten: Man schiebt »humanitäre Organisationen« vor, die sich ebenso von der Machtpolitik instrumentalisieren lassen, wie einst die »Missionare«, oft von den besten subjektiven Absichten bewegt, die koloniale Eroberung begleiteten. Abermals führt die Wirklichkeit vor, daß die Einmischungen des entwickelten Westens in die Angelegenheiten der Dritten Welt samt und sonders und wie auch immer motiviert stets negativ sind.

## VI.

*Was tun? Welchen Verantwortlichkeiten wird sich eine neuformierte europäische Linke zu stellen haben? Wie könnten die Strategien, die sie zu entwickeln vermag, zu denen der anderen Komponenten der Linken in anderen Weltteilen passen?* Ausweglose Situationen gibt es nicht, immer sind unterschiedliche, ja gegensätzliche alternative Optionen möglich. Die kapitalistische Mundialisierung, so wie man sie uns offeriert, ist unannehmbar. Umgekehrt ergibt die »Verweigerung« an sich keine Antwort. Eine Verweigerung, die im übrigen nur scheinbar ist, denn die Formen, in denen sie sich äußert, die völkische Abkapselung oder der religiöse Fundamentalismus, fallen nicht aus dem Rahmen der zügellosen Mundialisierung und werden sogar von dieser instrumentalisiert.

Die Mundialisierung ist für mich nicht nur ein Faktum der modernen Geschichte, dem man nicht durch illusorische Abkapselung in Autarkien oder Kulturalismen aus der Welt schaffen kann, sondern auch eine positive Tatsache, ein Fortschritt in der Geschichte. Aber die Geschichte hat kein Ende, und die Mundialisierung ist längst nicht vollendet. Hier scheiden sich die bürgerlichen Ideologien und jene des Sozialismus. Erstere wollen die Evolution, wenn schon nicht stillstellen, so doch nur in der Perspektive ihrer einseitig vom Kapital bewirkten Fortsetzung zulassen. Der Sozialismus erlaubt dagegen zu begreifen, weshalb diese kapitalistische Mundialisierung verkürzt bleibt, weshalb sie die weltweite Polarisierung erzeugt und sie von Etappe zu Etappe verschärft reproduziert. Die wahre historische Schranke des Kapitalismus liegt genau hier: die polarisierte Welt, die er schafft, ist und wird immer unmenschlicher und explosiv. Von diesem gigantischen Sachverhalt zur Rede gestellt, ist der Sozialismus in der Pflicht, eine andere Sicht der Mundialisierung und die Mittel vorzuschlagen, um sie im

wahren Wortsinn zu vollenden, indem sie humanisiert und wahrhaft universalistisch gestaltet wird. Das ist, meine ich, die Herausforderung.

Wie kommt man dahin? Mit einer Strategie, die darauf abzielt, gleich das Weltsystem zu transformieren? Mit Strategien, die darauf abzielen, die nationalen und regionalen Subsysteme zu transformieren? Wie ist gegebenenfalls die Aktion auf diesen beiden Terrains zu kombinieren?

Ein anderes Weltsystemdenken verlangt zuerst die Neubegründung von sozialistischen Perspektiven in all den verschiedenen Weltteilen. Der Sozialismus ist nicht tot, aber er wird nicht wieder aufleben, wenn man sich darauf versteift, die einschlägigen alten Formeln der nationalen Sozialdemokratien und des etatistischen Marxismus-Leninismus oder seiner tropischen Fassungen wieder anbringen zu wollen. Sie sind jetzt sämtlich überholt. Der neue Sozialismus wird weit internationalistischer sein müssen als seine Vorfahren und daher aktiv zur Neuformierung von regionalen Ensembles, die dem kurzsichtigen Internationalismus des Kapitals den Internationalismus der Völker entgegensetzen können, beizutragen haben. Die hier vorgesehenen notwendigen Regionalisierungen sind natürlich nicht das, was nach der neoimperialistischen Logik des Ankoppelns bestimmter Regionen des Südens an die zentralen Metropolen konzipiert wurde (wie die Integration Mexikos in die Nordamerikanische Gemeinschaft, die Assoziierung afrikanischer Länder mit Europa, der Wiederaufbau eines von Japan dominierten ostasiatischen Raumes). Angesichts der weiter oben beschriebenen neuen Etappe der weltweiten Polarisierung ist die Perspektive des Aufbaus großer Staatenkonföderationen in Asien, Afrika und Lateinamerika die einzige Antwort, die der Herausforderung gemäß sein kann. Nur solche Konföderationen werden den dominanten Zentren die Monopole, die deren Macht bewirken, entreißen und *ihre* wissenschaftlichen und technologischen Eigenkapazitäten, *ihre* autonomen Finanzorganisationen, *ihre* unabhängige Aufsicht über die Naturressourcen, *ihre* effizienten Kommunikationsmittel, *ihre* notwendigen militärischen Abschreckungsmittel entwickeln können. Von den europäischen Linken wird erwartet, daß sie begreifen, wie sehr man von ihnen auf dem europäischen Terrain das Eintreten für eine paneuropäische Konföderation unter Einschluß Osteuropas und Rußlands erhofft, für das einzig mögliche Gegenstück zur Lateinamerikanisierung des europäischen Ostens, d.h. zur Strategie des Kapitals.

Dieser Internationalismus verlangt wiederum, die überschießenden Momente der Mundialisierung des Marktes zurückzunehmen und ihr Entfaltungstempo demjenigen der Öffnung für Migrationen und dem Aufbau von multinationalen demokratischen politischen Räumen, als Grundlagen für fortschrittliche gemeinsame Sozialpolitiken, anzupassen.

Die Perspektive der weltweiten Konkurrenzfähigkeit darf freilich nie vergessen werden, denn gerade sie bestimmt - wenn auch noch unzulänglich - die langfristige Effizienz. Sie bleibt nichtsdestoweniger eine Perspektive auf lange Sicht. Sie als Sofortaufgabe aufzwingen heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen und faktisch den möglichen Termin hinausschieben. Eine gewisse selbstzentrierte, geschützte Entwicklung ist noch für lange Zeit unumgänglich. Die Mundialisierung muß ihr nicht entgegenwirken, sondern durch eine flexible - ich möchte sogar sagen: planmäßige - Organisation der Austauschbeziehungen zwischen den ungleich entwickelten Regionen des Planeten zu ihrem Erfolg beitragen. Unter Entkopplung und polyzentrischem Weltsystem verstehe ich nichts anderes als dies, und in diesem erneuerten Rahmen könnten wahrhafte Kooperationsbeziehungen von Nord und Süd, nunmehr auch von West und Ost, Stützen eines allgemeinen Fortschritts werden, der nur schrittweis sein kann und durch keinerlei Wundermittel à la »Markt« zu ersetzen ist.

Kann man noch weiter gehen? Sagen, daß der Aufbau eines Weltstaates zur objektiven historischen Notwendigkeit geworden ist? Zweifellos spricht doch die Wiederentdeckung der Zerstörung der Ressourcen des Planeten im Zuge der kapitalistischen Akkumulation für ihn? Aber wie jämmerlich wirkt das dominante politische und kulturelle System angesichts dieser Herausforderung! Gewiß müßte das Weltsystemdenken, um seinen Prämissen zu folgen, nicht nur für die dreidimensionale Integration der Märkte (Handel, Kapitale, Arbeit) eintreten, sondern auch ergänzend zu dieser Öffnung den Aufbau eines Weltstaates vorsehen, der in sozial fortschrittlichem Geist die weltweite Demokratie verbürgt und die Ressourcen des Planeten verwaltet. Es versteht sich von selbst, daß die dominante liberale Ideologie das nicht tut und im Gegenteil darauf beharrt, die Staaten zu schwächen, ohne sie durch Alternativen zu ersetzen und ohne Anstalten zu machen, das ungeheuerliche militärische Ungleichgewicht zu korrigieren.

Der Sozialismus muß zweifellos seine Strategien in die Perspektive jenes Aufbaus einer sozialistischen Welt und, wenschon nicht eines Welt-»staates«, so doch wenigstens eines angemessenen weltweiten politischen Systems einordnen. Aber er muß auch die Etappen definieren, die es ermöglichen, in dieser Richtung voranzukommen. In diesem Rahmen erscheint mir die Etappe des national-populären Aufbaus, der Regionalisierung, der Entkopplung und des Aufbaus einer polyzentrischen Welt als unumgänglich.

Welche sozialen Kräfte könnten solch ein Programm ausführen? Ich behaupte, daß diese objektiven Kräfte da sind, entgegen dem Anschein und trotz der ideologischen Verwirrung der Linken in Europa und in aller Welt. Der entwickelte Westen ist meiner Ansicht nach davon nicht ausgeschlossen und nicht dazu verdammt, starr in seinen Strukturen und Haltungen zu

verbleiben. Der Kapitalismus selbst war hier gezwungen, sich an die Errungenschaften der Arbeiterklasse anzupassen, deren aktiver Vektor die Sozialdemokratie war. Übrig bleibt, daß der »historische Kompromiß«, auf den sich diese Errungenschaften eingeegelt haben, auf zwei Ebenen beschränkt ist: (a) war und bleibt er ein *Kompromiß* zwischen Arbeit und Kapital, wobei letzteres weiterhin allein Herr über die endgültige ökonomische Entscheidung ist; (b) funktioniert er auf der Basis einer privilegierten Integration in das imperialistische Zentrum. Soll der Westen aktiv an einem interdependenten polyzentrischen Weltsystem teilhaben, so setzt das voraus, diese privilegierten imperialistischen Positionen abzuschaffen, sonst muß der Aufbau dieser Welt gegen ihn und nicht mit ihm erfolgen. Gleichzeitig bleibt die Frage offen, wie die arbeitenden Klassen der entwickelten Zentren dazu bewogen werden können, über den sozialdemokratischen Kompromiß hinauszugehen und statt seiner eine »Hegemonie der Welt der Lohnarbeit« zu stiften, die eben andere ökonomische Entscheidungsgrundlagen mit sich bringt als die Regel des Kapitalprofits.

Was die vormals sozialistisch genannten Länder des Ostens angeht, ist es schon offensichtlich, daß die kapitalistische Restauration, sollte sie fortgesetzt werden, nur in ihrer Peripherisierung enden kann. Ist dagegen ein Vorschreiten des demokratischen national-populären Kompromisses möglich, dessen Hauptzüge ich zu skizzieren versucht habe<sup>2</sup> und der gleichfalls eine geeignete Form der Hegemonie der Welt der Lohnarbeit bilden würde? Dem dominanten Diskurs zufolge wäre diese Möglichkeit von vornherein wegen des »historischen Scheiterns des Sozialismus« zu verwerfen. Dieser einseitige Legitimationsdiskurs des Kapitalismus hat natürlich die ideologische Funktion, zu vertuschen, daß die kapitalistische Option für die betreffenden Gesellschaften zur Peripherisierung führen muß, und eine Kritik der einschlägigen Experimente von links zu unterbinden.

Im Gesamtmaßstab wird die amerikanische Hegemonie nur überwunden werden können, wenn der Aufbau eines Europa unter Einbeziehung der Ex-UdSSR gelingt. Aber dieser Aufbau ist ausgeschlossen, solange die Machthaber im Westen und im Osten noch der einseitigen Logik des Kapitalismus verhaftet sind. Bei diesem Denken bliebe Westeuropa in den Grenzen der EWG-Logik, während es im Osten unvermeidlich würde, sich im Chaos einzurichten. Die Idee, daß die Westeuropäer dann im Osten ihr Lateinamerika haben und auf dieser Basis in der Konkurrenz mit den USA siegen könnten, scheint mir insgeheim in den Führungskreisen der EWG umzugehen; aber sie ist unrealistisch, und nicht minder auch die Idee, daß die Hegemonie dann zwischen den USA, der EWG und Japan »geteilt« und mit den G7 das Weltdirektorium geschaffen werden könne, in dem diese

Teilung der Verantwortlichkeiten gegenüber den Peripherien des Südens und des Ostens zum Ausdruck komme.

Im Kampf für eine gerechte Welt trägt das amerikanische Volk besonders gewichtige Verantwortung. Die USA haben den Isolationismus endgültig fallengelassen. Leider sind die Interventionen der USA wie die aller kapitalistischen Zentralmächte seit 1492 stets nur negativ gewesen, denn diese Interventionen bedienten stets nur die Erfordernisse der weltweiten Expansion des Kapitalismus, der seiner Natur nach polarisierend ist, und dem fielen die betroffenen Völker stets zum Opfer. Daß hierzu hochherzige Intentionen des amerikanischen Volkes aufgeboten wurden, ändert nicht an der Sache. Und die Clinton-Administration wird in dieser Hinsicht nicht besser sein als die Truman-Administration, die für den Kalten Krieg verantwortlich war, oder die Kennedy-Administration. In den USA muß sich eine von den gleichermaßen imperialistischen Traditionen der Republikaner und der Demokraten unabhängige Volkskraft konstituieren, die imstande ist, eine wahrhafte Entmilitarisierung der zum Monster gewordenen amerikanischen Ökonomie zugunsten der Volksmassen dieses Landes durchzusetzen. Das verlangt seinerseits, daß man couragiert darauf ausgeht, die engen Horizonte des Profitkalküls zu überschreiten. Das ist die Voraussetzung, die den USA erlauben wird, auf internationaler Ebene zum gemeinsamen Kampf aller Völker für eine wahrhaft neue Weltordnung beizutragen.

Die Regionen und Länder der Dritten Welt haben keinen großen Entscheidungsspielraum. Entweder akzeptieren sie die Kompradorisierung,<sup>3</sup> so wie sie jetzt ist, oder sie entwickeln eine Entkopplungs-Strategie als notwendige Begleitung einer auf ein inneres, national-populäres soziales Bündnis gegründeten Entwicklung, deren Hauptzüge ich ebenfalls zu skizzieren versucht habe. Die Reflexion muß hier natürlich von der linken Kritik am historischen Versuch der nationalen Befreiungsbewegung und den populistischen Formen ihrer radikalen Ausprägung ausgehen. Im übrigen würden Fortschritte einer auf diesen Grundlagen erneuerten Entkopplung realen Druck auf den Westen ausüben und ihn zwingen, sich mindestens partiell auf »wechselseitige Anpassungen« einzulassen.

Die Option der Entkopplung in einer interdependenten polyzentrischen Welt erlaubt es, die universalistische Zielstellung des Sozialismus neu zu definieren. Der Kapitalismus kann nur überwunden werden, wenn an seine Stelle ein System tritt, das die Entwicklung der Produktivkräfte in der Hand behält und zugleich die Altlasten der weltweiten Polarisierung beseitigen kann. Das heißt, daß der Sozialismus nur weltweit sein kann und daß die Idee, ihn »stückweise« in Ländern aufzubauen, die sich eins nach dem anderen von der Macht des Kapitals zu befreien hätten, auf das Drama un-

serer Epoche geführt hat. Aber nach Lage der Dinge ist die Perspektive des Weltsozialismus noch äußerst fern; und gerade deswegen ist es lebenswichtig, eine klarere und richtigere Vorstellung von dem sehr langen »Übergang« zu besitzen, der uns von ihr trennt, und die Lehren aus den Sackgassen des »real existierenden Sozialismus« wie aus den Schranken der nationalen Befreiungsbewegung zu ziehen.

Der Sozialismus I - die alte aus der europäischen Arbeiterbewegung und dem Marxismus des 19. Jahrhundert hervorgegangene Sozialdemokratie - starb 1914. Lenin hat zurecht gesagt: Ihr Übertreten zum Imperialismus hat ihrer radikalen und universellen Berufung den Garaus gemacht. Der Sozialismus II - der aus der Erkenntnis des vorausgegangenen Bankrotts hervorgegangene Kommunismus der Dritten Internationale - starb 1989 daran, daß er die Natur des langen Übergangs nicht begriffen und daher zugelassen hatte, daß sich wieder bürgerliche Interessen konstituierten, wie die maoistische Kritik es seinerzeit zu sagen versuchte. Aber dieser Tod ist nicht die Auferstehung der Leiche seines Vorgängers, die noch immer im Morast des Übertritts zur Weltanschauung des zwangsläufig polarisierenden, daher im wahren Wortsinn imperialistischen Kapitalismus festsetzt. Sagen wir deshalb zum Schluß: Es lebe der Sozialismus III, der in weltweiter, universeller Sicht und in Abkehr vom Blendwerk der Ideologie des Kapitalismus entstehen muß!